

JUGEND

Jugend ist Zukunft. Ihre Talente sind die einzig nachhaltige Ressource, die Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft hat. Jugend braucht Entfaltungsmöglichkeiten, braucht Förderung und braucht Freiheit. Für NEOS ist Jugendpolitik eine Querschnittsmaterie, die von anderen Politik-Bereichen nicht getrennt gesehen werden kann. Umso wichtiger, dass die Jugend in der Politik stets mit bedacht wird. Dieses Papier dient somit der Ergänzung unserer Positionen zu den Themen Wirtschaft (Schuldenabbau, Pensionsreform), Bildung (Bildungsreform, Integration) und Demokratie.

Partizipation

Um eine generationengerechte Politik zu garantieren, und einer Unterrepräsentation der Jugend in politischen Gremien entgegenzutreten, braucht die österreichische Jugend mehr Möglichkeiten zur Partizipation am politischen Prozess.

Um politische Partizipation dauerhaft zu verankern, plädiert NEOS für eine Grundsteinlegung im Bildungssystem. Ganzheitliche politische Bildung in Pflichtschulen und intensive innerschulische Mitbestimmung durch einen starken **Schulgemeinschaftsausschuss** helfen dabei, junge Menschen zu mündigen Bürgern zu machen, für die politische Partizipation selbstverständlich ist.

Im alltäglichen politischen Prozess kann jungen Menschen durch eine stärkere Einbindung vor Ort Gehör verschafft werden. Eine einheitliche Einführung von **Jugendgemeinderäten** mit Rede- und Antragsrecht bindet junge engagierte Menschen lokal in die Gemeinschaft und in greifbare politische Entscheidungen ein.

Jugendorganisationen: Schließlich bedarf es auch einer neuen Umgangsform mit den offiziellen Vertretungen der jungen Generation: den Schülervertreter_innen, der Bundes-Jugendvertretung (B-JV) und der Österreichischen Hochschüler_innenschaft (ÖH). Die Politik soll ihnen nicht nur durch eine Direktwahl ihrer Gremien den Rücken stärken, sondern sie auch in die relevanten Entscheidungsfindungsprozesse einbinden, inklusive einer Einladung der B-JV und der Bundes-ÖH zu den Budgetverhandlungen.

Jugend und Arbeit

Gerade junge Menschen verdienen aufgrund der jugendfeindlichen Einkommenskurve unverhältnismäßig weniger als ältere Arbeitnehmer_innen und werden durch Praktika oft in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt. Jugendliche sind darüber hinaus von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen. NEOS sieht ganzheitliche Arbeitsmarktpolitik (Flexibilisierung, Lohnnebenkosten etc.) als Chance für junge Arbeitnehmer_innen zügig in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Grundsätzlich ist es inakzeptabel, junge Menschen zu benachteiligen oder gar zu diskriminieren. Doch NEOS differenziert zwischen Maßnahmen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft:

- Nach dem begrüßenswerten Ende der unbezahlten Praktika im öffentlichen Dienst, muss der staatliche Bereich auch aktiv in Richtung einer **flacheren Lohnkurve** – etwa bei Junglehrer_innen – hin arbeiten.
- Hinsichtlich privater Unternehmen ist NEOS gegen Zwangsmaßnahmen und Überreglementierung, welche die Betriebe in ihrer Entfaltung behindern. Die Jugend braucht aber erfolgreiche Unternehmen als Arbeitgeber. NEOS ist daher für mehr Freiheit, **Flexibilisierung des Arbeitsrechts**, Liberalisierung der Lehrberufs-Anerkennung, eine Reform der Gewerbeordnung und eine Versicherungspflicht statt Pflichtversicherung für Selbstständige. Dies kommt vor allem jungen Arbeitnehmer_innen und engagierten Entrepreneuren zugute.

Selbstbestimmtes Leben

Österreichs Jugend nimmt zu einem großen Teil bereits ab dem 15. Lebensjahr am wirtschaftlichen Leben teil und leistet ihren Beitrag zur Gesellschaft. Junge Menschen dürfen daher nicht nur Bittsteller sein, sondern müssen die Möglichkeit haben, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, um als mündige Bürger_innen in der Gesellschaft zu agieren.

Daher fordert NEOS klare rechtliche Verhältnisse und eine damit verbundene, endgültige Vereinheitlichung der **Jugendschutzgesetze** auf Bundesebene. Um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, mündig und eigenverantwortlich zu agieren, spricht sich NEOS außerdem für eine direkte Auszahlung der Familienbeihilfe ab dem 17. Lebensjahr aus.

Als fragwürdig sieht NEOS auch die Diskrepanz zwischen aktivem und passivem Wahlrecht sowieder Volljährigkeit, und spricht sich daher für eine **Vereinheitlichung der Altersgrenzen** aus.

Entfaltungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung

NEOS steht für ein vielfältiges Bildungs- und Ausbildungssystem, das auf die Talente der österreichischen Jugend eingeht und das Individuum in den Mittelpunkt stellt. Österreichs Jugendliche stellen ihr **freiwilliges Engagement** und ihre Begeisterung regelmäßig in karitativen Vereinen, als ehrenamtliche Helfer im Gesundheitssystem und in anderen NGOs dar. Diese Eigeninitiative gehört gefördert – eigenverantwortlich handelnde Jugendliche werden zu Bürger_innen, die in der Gesellschaft etwas beitragen wollen.

Als Gegner unverhältnismäßiger gesetzlicher Zwänge, spricht sich NEOS auch weiterhin gegen die allgemeine **Wehrpflicht** aus. Bis zur Abschaffung fordert NEOS eine Aufwertung des freiwilligen sozialen Jahres durch stärkere Anreize, die Möglichkeit zur Anerkennung der erworbenen Kompetenzen im Bildungsbereich und die Anrechnung des Jahres für die Pensionsversicherung.

Generationengerechtigkeit

Österreichs Jugend braucht die Garantie, dass die Lebensqualität, die unsere Nation derzeit genießt, auch für sie noch weiter bestehen wird. Der immer weiter wachsende Schuldenberg, der mittlerweile jedem einzelnen Jugendlichen einen Rucksack von 30.000 Euro Pro-Kopf-Verschuldung auflastet, macht dies unmöglich. Die Schuldenuhr muss endlich gestoppt werden, damit wir mit Zukunftssicherung überhaupt beginnen können. Als ersten notwendigen Schritt und als Bekenntnis zu einer nachhaltigen Politik fordert NEOS eine Schuldenbremse im Verfassungsrang. Die Politik muss dies durch einen konsequenten **Schuldenabbau**, eine **Pensionsreform** und Schritte zur längst überfälligen **Verwaltungsreform** erreichen.